

Newsletter

Legal News Energierecht für energieintensive Unternehmen

Ausgabe 14, Oktober 2021

Vorwort

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

wir freuen uns, Ihnen die neueste Ausgabe unseres PDF-Newsletters Legal News Energierecht für energieintensive Unternehmen übersenden zu können.

Mit unserem Newsletter wollen wir den eiligen Leser auf prägnante und übersichtliche Weise über die aktuellen energierechtlichen Themen, die besondere Relevanz für energieintensive Unternehmen aufweisen, informieren. Sie profitieren dabei von dem Expertenwissen der verschiedenen Fachbereiche und erhalten zu allen Themen kompetente Auskunft sowie Verweise auf weiterführende Quellen.

Für fachliche Rückfragen können Sie selbstverständlich die Ihnen bekannten Mitglieder des Energierechtsteams ansprechen.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß bei der Lektüre!

Mit freundlichen Grüßen

Michael H. Küper
Partner

Peter Mussaeus
Partner

Stefan Krakowka
Of Counsel

Dr. Daniel Callejon
Senior Manager

Inhalt

Neues aus Gesetzgebung und Rechtsprechung	2
EuG zum Beihilfecharakter der vollständigen Netzentgeltbefreiung gemäß § 19 Abs. 2 StromNEV 2011.....	2
Fernwärme/-kälte: Leistungsanpassungsrecht für Kunden und Verbot einseitiger Preisänderungsklauseln für Versorger	3
Aktuelles aus dem nationalen Emissionshandel	4
Anspruch auf Privilegierung nach der Carbon-Leakage-Verordnung (BECV).....	4
Das Paket "Fit für 55" der EU und die geplanten Auswirkungen auf den Straßenverkehr und Gebäude	5
PwC-Studie zur E-Mobilität	6
Elektromobilität und Ladeinfrastruktur: aktuelle Markttendenzen erfordern kurzfristige Lösungen – insbesondere durch die Integration in dezentrale Erzeugungs- und Speichertechnologien.....	6
Service	7
Veranstaltungen	7

Neues aus Gesetzgebung und Rechtsprechung

EuG zum Beihilfecharakter der vollständigen Netzentgeltbefreiung gemäß § 19 Abs. 2 StromNEV 2011

Das Europäische Gericht (EuG) hat heute seine Entscheidungen in vier gleichgelagerten Verfahren mehrerer stromkostenintensiver Unternehmen gegen die Europäische Kommission verkündet (u.a. Rs. T-745/18). Gegenstand der Nichtigkeitsklagen war die Entscheidung der EU-Kommission zur Beihilfeneigenschaft der vollständigen Netzentgeltreduktion, wie sie stromkostenintensive Unternehmen nach der von 2011 bis 2013 geltenden Fassung des § 19 Abs. 2 Satz 2 Stromnetzentgeltverordnung (StromNEV) in Anspruch nehmen konnten.

RA Michael Küper
 Tel.: +49 211 981-5396
michael.kueper@pwc.com

Die Kommission gelangte nach einem umfangreichen beihilfenrechtlichen Prüfverfahren zu der Auffassung, dass es sich bei der vollständigen Befreiung von den Netzentgelten nach § 19 Abs. 2 Satz 2 StromNEV a.F. um eine nicht gerechtfertigte Beihilfe handele, die mithin nicht genehmigungsfähig sei. Die Begründung stützte sie namentlich auf die Annahme, dass der Finanzierungsmechanismus der Netzentgeltbefreiung das Tatbestandsmerkmal der Gewährung aus staatlichen Mitteln i.S.v. Art. 107 Abs. 1 AEUV erfülle. In Umsetzung dieser Entscheidung der Kommission erließen die Bundesnetzagentur bzw. die Landesregulierungsbehörden im Jahr 2018 entsprechende Rückforderungsbescheide.

Nahezu ein Jahr nach den mündlichen Verhandlungen hat das EuG nun die gegen die Entscheidung der Kommission gerichteten Nichtigkeitsklagen abgewiesen. Im Ergebnis stellte das EuG fest, „*dass die streitige Umlage gemäß der einschlägigen Rechtsprechung eine parafiskalische Abgabe oder eine Zwangsabgabe darstellt, deren Höhe von einer Behörde (für das Jahr 2012) oder nach einer von dieser Behörde festgelegten Methode (für das Jahr 2013) festgesetzt wurde, die im öffentlichen Interesse liegende Ziele verfolgt, dass die streitige Umlage den Netzbetreibern nach objektiven Kriterien auferlegt und durch diese gemäß den von den nationalen Behörden vorgegebenen Regeln erhoben worden ist.*“ Insofern hat sich das EuG trotz zahlreicher Parallelen zwischen den Finanzierungsmechanismen nicht der Argumentation des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) in seiner Entscheidung vom 28. März 2019 (Rs. C- /19) zum Erneuerbare-Energien-Gesetz 2012 (EEG 2012) angeschlossen. Der EuGH war in diesem Rahmen zu der Auffassung gelangt, dass die Ausgestaltung des Umlage- und Wälzungsmechanismus des EEG 2012, dem der Mechanismus zur Finanzierung des individuellen Netzentgelts nach § 19 Abs. 2 Satz 2 StromNEV 2011 in weiten Teilen ähnelte, nicht dazu führe, dass die Förderungen bzw. Privilegierungen als aus staatlichen Mitteln gewährt anzusehen und sie damit nicht als Beihilfe i.S.d. Art. 107 Abs. 1 AEUV anzusehen seien. Das EuG folgt hingegen weiter der Linie der Kommission und bejaht das Merkmal der Gewährung aus staatlichen Mitteln auch dann, wenn die Finanzierung einer entsprechenden Privilegierung im Gesetz angelegt ist und faktisch von allen Akteuren praktiziert wird.

Die bereits online veröffentlichten Entscheidungsgründe des EuG in o.g. Rechtssache werden wir nun im Einzelnen auswerten und Sie an dieser Stelle weiter informieren.

Haben Sie Fragen zum Verfahren und den beihilferechtlichen Implikationen der Entscheidungen auf das nationale Recht bzw. Ihr Unternehmen? Dann sprechen Sie uns gerne an!

Fernwärme/-kälte: Leistungsanpassungsrecht für Kunden und Verbot einseitiger Preisänderungsklauseln für Versorger

Die Änderungen im Bereich der Regulierung von Fernwärme und -kälte sind doch noch mit den umstrittenen Anpassungen, die der Bundesrat eingebracht hatte, im Bundesgesetzblatt erschienen und damit am 5. Oktober 2021 in Kraft getreten. Hiermit war zuletzt nicht mehr gerechnet worden.

RA Matthias Stephan
Tel.: +49 211 981-1509
matthias.stephan@pwc.com

RA Björn Jacob
Tel.: +49 211 981-7259
bjoern.jacob@pwc.com

Die Änderungen betreffen die Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Fernwärme (AVBFernwärmeV), gemeinsam mit einer ergänzenden Verordnung über die Verbrauchserfassung und Abrechnung bei der Versorgung mit Fernwärme oder Fernkälte (FFVAV). Der ursprüngliche Entwurf des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi) sah nur einige Anpassungen zur Umsetzung unionsrechtlicher Vorgaben bezüglich von Messverfahren und Informationspflichten vor. Nachdem der Bundesrat seine Zustimmung nur unter der Bedingung erheblicher und umstrittener Änderungen der Verordnungen erbracht hatte und die Reform - im Vergleich zu vielen anderen Gesetzen und Verordnungen - lange mit ihrer Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt auf sich warten ließ, war immer fraglicher geworden, ob das BMWi die Verordnungen in dieser Form billigen würde. Eine Überarbeitung der Verordnungen und erneute Zuleitung zum Bundesrat wäre dem BMWi jedenfalls möglich gewesen.

Zu den Änderungen, die der Bundesrat eingebracht hat, gehören unter anderem das umstrittene Leistungsanpassungs- und Sonderkündigungsrecht für Fernwärme- bzw. Fernkältekunden. Demnach können die Kunden einmal jährlich und nach einer vierwöchigen Frist die Leistungen um bis zu 50% reduzieren und mit zweimonatiger Frist sogar um mehr als 50% reduzieren. Letzteres allerdings nur, wenn der Einsatz erneuerbarer Energien nachgewiesen wird, § 3 AVBFernwärmeV. Zudem wurde die Möglichkeit, Preisanpassungsklauseln einseitig durch öffentliche Bekanntgabe zu ändern, mit einer Ergänzung zu § 24 Abs. 4 AVBFernwärmeV beseitigt. Dies könnte bei den Versorgern zu erheblichen Planungsschwierigkeiten bei der Finanzierung und Abschreibung der Netzinfrastruktur und damit letztlich zu verminderten Anreizen bei dem Ausbau solcher Netze führen. Kunden dürften sich hingegen über die flexible Anpassungsmöglichkeiten freuen und sollen dadurch einen Anreiz erhalten, sich energieeffizient zu verhalten. Zudem sind sie nicht länger verpflichtet, einseitige Preisänderungen der Versorger hinzunehmen. Die Versorger werden sich für Preiserhöhungen künftig die Zustimmung der Kunden einholen müssen. Insofern ist fraglich, ob die Belieferung einiger Bestandskunden dann noch wirtschaftlich bleibt und ob Mehrkosten ggf. auf Neukunden abgewälzt werden können.

Zu den übrigen Änderungen gehören Vorgaben zu Messeinrichtungen, dem Betrieb von Smart Metern und der Veröffentlichung von Versorgungsbedingungen. Den Kunden sind dabei sowohl die Mehrkosten durch die Installation als auch die Einsparungen durch die Fernablesbarkeit transparent darzulegen.

Verbraucherseitig steigern die Neuregelungen folglich die Attraktivität des Bezugs von Fernwärme und -kälte. Auf Seiten der Versorger könnten die erhöhten Finanzierungs- und Planungsunsicherheiten aber den zur Verminderung der Treibhausgasemissionen im Gebäudesektor erstrebenswerten Ausbau von Fernwärme- und Fernkältenetzen behindern.

Aktuelles aus dem nationalen Emissionshandel

Anspruch auf Privilegierung nach der Carbon-Leakage-Verordnung (BECV)

Wie wir bereits in unserem Newsletter vom 13. September 2021 ankündigten, startete am 5. Oktober 2021 der Handel für die Zertifikate im nationalen Brennstoffemissionshandel (nEHS). Nun finden die Verkaufstermine an der Energiebörse European Energy Exchange (EEX) zweimal wöchentlich statt. Weiterhin berichtet die EEX von einem Antragsstau, sodass möglicherweise nicht alle Teilnehmer des nEHS bis zum letzten Verkaufstermin am 7. Dezember 2021 mit einem eigenen Handelskonto Zertifikate erwerben und handeln werden können. Daher sollte auch rechtzeitig der Erwerb von Zertifikaten über einen Intermediär erwogen werden, denn im kommenden Handelsjahr können nur ausnahmsweise bis zu 10% der vorhandenen Zertifikate zum Preis von 2021 zugekauft werden. Die übrigen Zertifikate müssten dann zu dem teureren Preis zugekauft werden.

RA Dr. Daniel Callejon
Tel.: +49 211 981-2194
daniel.callejon@pwc.com

RA Paul Roßbach
Tel.: +49 211 981-1788
paul.rossbach@pwc.com

Auf Grundlage des BEHG hat die Bundesregierung die Carbon-Leakage-Verordnung (BECV) erlassen, die am 28. Juli 2021 in Kraft getreten ist. Die BECV sieht zur Vermeidung der Abwanderung von Unternehmen und der damit einhergehenden Gefahr des Carbon Leakage Privilegierungen in Form von Beihilfen für Unternehmen bestimmter Sektoren vor. Welche Unternehmen genau privilegiert sind, lässt sich zwei Sektorenlisten entnehmen, auf denen bisher 61 beihilfeberechtigte (Teil-)Sektoren benannt sind. Unternehmen, deren Tätigkeiten nicht unter diese Wirtschaftszweige fallen, haben keinen Anspruch auf die Zuschusszahlungen und müssen die CO₂-Zertifikatskosten vollständig tragen.

Konkret werden nach der BECV beihilfeberechtigte Unternehmen, abgestuft nach ihrer Emissionsintensität, teilweise für die Mehrkosten durch den Zertifikatkauf im Rahmen des nEHS kompensiert. Als Beihilfebedingung sieht die BECV die Integration von Klimaschutzmaßnahmen seitens der berechtigten Unternehmen vor. Zum einen müssen sie spätestens ab dem 1. Januar 2023 ein zertifiziertes Energie- bzw. Umweltmanagementsystem betreiben. Zum anderen muss der Nachweis erbracht werden, Investitionen für Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz getätigt zu haben, die im Rahmen des jeweiligen Energiemanagementsystems konkret identifiziert und als wirtschaftlich durchführbar bewertet wurden. Darüber hinaus muss bis zum 30. Juni eines Jahres der Beihilfeantrag für das Vorjahr beim Umweltbundesamt gestellt werden, um sich für die Gewährung der Beihilfe zu qualifizieren.

Aufgrund der Privilegien streben einige weitere (Teil-)Wirtschaftssektoren eine Aufnahme in die Sektorenlisten an. Bisher nicht begünstigte Unternehmen können für ihren (Teil-)Sektor mittels repräsentativer Verbände oder Unternehmenszusammenschlüsse die Möglichkeit der nachträglichen Aufnahme ihres Sektors in die BECV überprüfen lassen. Voraussetzung für die nachträgliche Aufnahme in die Sektorenliste ist, dass ein Carbon-Leakage-Risiko festgestellt wird. Der Antrag ist für die Handelsperiode 2021 bis 2025 bis zum 28. April 2022 zu stellen. Zu beachten ist, dass für jeden (Teil-)Sektor für die Jahre 2021 und 2022 nur ein Antrag gestellt werden darf.

Wir unterstützen Sie gerne umfassend auf dem Gebiet des nationalen und europäischen Emissionshandels, sei es, bei der Beantragung von Beihilfen, einem Aufnahmeantrag in die Sektorenliste oder der Erfüllung von Berichtspflichten.

Das Paket “Fit für 55” der EU und die geplanten Auswirkungen auf den Straßenverkehr und Gebäude

Die Europäische Kommission schlägt im Rahmen des Pakets „Fit für 55“ in Bezug auf die Weiterentwicklung des europäischen Emissionshandels u.a. vor, den Emissionshandel ab 2026 auch auf den Straßenverkehr und den Gebäudesektor anzuwenden.

RA Dr. Daniel Callejon
Tel.: +49 211 981-2194
daniel.callejon@pwc.com

RAin Theresa Stollmann
Tel.: +49 211 981-7871
theresa.stollmann@pwc.com

Die Einbeziehung der weiteren Sektoren soll über ein separates System erfolgen, das sich – vergleichbar mit dem in Deutschland bereits seit dem 01. Januar 2021 in Anwendung befindlichen nationalen Emissionshandelssystem auf Grundlage des Brennstoffemissionshandelsgesetzes (BEHG) – auf vorgelagerte Brennstoffanbieter konzentriert und bei dem die Verantwortung für die Anwendung bei den Erzeugern (d.h. Inverkehrbringern) liegt, anstatt einzelne Haushalte oder Verkehrsnutzer zu einer direkten Teilnahme zu verpflichten.

Die Aufnahme dieser Sektoren in das vorhandene System käme zunächst nicht in Betracht, da Vermeidungskosten und Kostensensibilität sehr unterschiedlich sind und diese sich erst mittelfristig angleichen würden. Für die durch den Straßenverkehrs- und den Gebäudesektor verursachten Emissionen werden Höchstgrenzen festgelegt, die im Laufe der Zeit abgesenkt werden, sodass die Gesamtemissionen zurückgehen. Die Kommission hat dazu einen Vorschlag erarbeitet, mit dem die Richtlinie 2003/87/EG (Emissionshandelsrichtlinie) um ein Kapitel ergänzt wird. Im ersten Jahr werden die betroffenen Inverkehrbringer eine Genehmigung zur Emission von Treibhausgasen besitzen und über ihre Emissionen in den Jahren 2024 und 2025 zu berichten haben. Die Pflicht zum Erwerb und zur Abgabe von Zertifikaten wird hingegen erst ab 2026 gelten. Die Überwachungs-, Melde- und Prüfpflichten in den Sektoren Gebäude und Straßenverkehr werden so weit wie möglich an die gut funktionierenden Mechanismen für ortsfeste Anlagen und den Luftverkehr angeglichen. Die Zertifikate für den neuen Emissionshandel werden versteigert, da keine kostenlose Zuteilung vorgesehen ist.

Freie Zertifikate soll es nicht geben

Ziel der Schaffung eines zweiten Emissionshandelssystems ist es, durch den Preisanstieg Anreize für einen Wechsel hin zu klimaneutralen Pkws und Heizungen zu schaffen. Die Belastungen sollen auf der anderen Seite in der Anfangsphase mithilfe eines neu geschaffenen Sozialfonds für den Zeitraum 2025 bis 2032 ausgeglichen werden. Dazu hat die Kommission flankierend einen Vorschlag für eine **Verordnung zur Einrichtung eines Klima-Sozialfonds** unterbreitet, die mithin im Falle ihrer Verabschiedung in den Mitgliedstaaten unmittelbare Wirkung entfalten würde. In diesen Fonds sollen rund 25 Prozent der Einnahmen aus dem neuen Emissionshandel fließen. Die Mittel sollen eingesetzt werden, um ärmeren Haushalten die Renovierung von Gebäuden, die Installation von emissionsfreien Heizsystemen und die Nutzung klimafreundlicher Transportmittel zu ermöglichen. Zudem sollen die steigenden Kraftstoffpreise ausgeglichen werden. Die restlichen rund 75 Prozent der Einnahmen sollen direkt an die einzelnen Mitgliedstaaten gehen. Die EU-Kommission empfiehlt den Mitgliedstaaten, die Hälfte für die Dekarbonisierung auszugeben und mit der anderen Hälfte niedrigverdienende Haushalte zu unterstützen.

Abzuwarten bleibt im Rahmen des Weiteren europäischen Gesetzgebungsverfahrens insbesondere die Harmonisierung der geplanten Änderungen mit den Regelungen des nationalen Emissionshandels, der die Emissionen in den Sektoren Verkehr und Gebäude in Deutschland bereits seit dem 01. Januar 2021 erfasst. Da die Ausweitung des Systems im Rahmen der Neufassung der Emissionshandelsrichtlinie jedoch ohnehin einer nationalen Umsetzung bedarf, dürften die zu erwartenden Anpassungen nach heutigem Kenntnisstand eher gering ausfallen. Insbesondere in Bezug auf die Festlegung der Höchstgrenzen dürften die bestehenden nationalen Regelungen jedoch einer Prüfung zu unterziehen sein.

Haben Sie Fragen zu den geplanten Änderungen? Dann sprechen Sie uns gerne an!

PwC-Studie zur E-Mobilität

Elektromobilität und Ladeinfrastruktur: aktuelle Markttendenzen erfordern kurzfristige Lösungen – insbesondere durch die Integration in dezentrale Erzeugungs- und Speichertechnologien

Durch das EU-Maßnahmenpaket „Fit for 55“, mit dem die Netto-Treibhausgas-Emissionen bis 2030 um mindestens 55 Prozent reduziert werden sollen, sowie durch die Festlegung der CO₂-Grenzwerte für neu zuzulassende PKW, gewinnt der Hochlauf der E-Mobilität weiter an Fahrt.

RA Michael H. Küper, M.Sc.

Tel.: +49 211 981-5396

michael.kueper@pwc.com

RA Philipp Landorff

Tel.: +49 211 981-7284

philipp.landorff@pwc.com

Insbesondere vor dem Hintergrund der absehbaren Marktdurchdringung mit E-Fahrzeugen – bei einem seitens der NOW GmbH prognostizierten Zeil von rund 15 Millionen E-Fahrzeugen bis 2030 – wird der Ausbau der (Schnell-)Ladeinfrastruktur sowie elektromobiler Nutzungskonzepte noch schneller voranschreiten müssen als bisher angenommen.

Im Zusammenhang mit dem Leitsatz „Parking time is charging time“ werden sowohl das Potenzial als auch die Erwartungen an umfassende E-Mobilitätskonzepte offenbar. Sowohl in ihrer Rolle als Arbeitgeber als auch im Kontext von E-Flotten müssen gewerbliche Akteure Park-/Stellplätze und Stromanschlüsse zusammenbringen: Modelle wie Charge@Home, Charge@Work und Charge@Public müssen von mehr Marktakteuren als Chance begriffen werden, ihr Leistungsportfolio zu erweitern und gleichzeitig einen Teil zur Dekarbonisierung des Verkehrssektors und damit zu „Net Zero“ beizutragen. Denn fast zwei Drittel der befragten Nutzer:innen halten einen Umstieg auf E-Fahrzeuge für wahrscheinlich. Ein wesentlicher Aspekt bleibt dabei die einfache Nutzbarkeit durch Ladelösungen aus einer Hand – also etwa Ladesäulen auf dem Betriebsgelände mit der Nutzbarkeit von E-Firmenfahrzeugen @Home zu koordinieren und dieses Angebot durch eine umfassende Prozessabwicklung leicht zugänglich zu machen.

Weiterhin ergeben sich aus den Ergebnissen der Studie auch konkrete To-Dos für Energieversorgungsunternehmen: Diese sollten ein besonderes Augenmerk auf die „Behind-the-Meter“-Integration von Ladeinfrastruktur in dezentrale Erzeugungs- und Speicheranlagen legen, um die seitens der EV-User als maßgeblich empfundenen tatsächlichen Stromkosten und damit die Gesamtkosten der E-Mobilität zu minimieren.

Zumal sich rund 87 % der Befragten eine Einbindung neuer Ladeinfrastruktur in (bestehende) Solar- und/oder Speichersysteme wünschen, sollten dieser eindeutige Zuspruch und das Vertrauen zu Lade- und Energielösungen weiter motivieren, passende Produkte zu entwickeln, diese – gegebenenfalls auch durch umfassende Kooperationen – zu realisieren und den EV-Usern anzubieten. Der aktuelle Trend rund um die private Nutzung von E-Fahrzeugen sollte daher unbedingt von gewerblichen Akteuren berücksichtigt und in Form spezifischer E-Mobility-Konzepte – sei es im öffentlichen oder halböffentlichen Raum, sei es auf dem Betriebsgelände – umgesetzt werden.

Zugang zur vollständigen Studie erhalten Sie unter:

<https://www.pwc.de/de/energiwirtschaft/elektromobilitaet-und-ladeinfrastruktur-die-neue-commodity.pdf>

Möchten Sie weitere Informationen? Planen Sie Ladelösungen zu konzipieren? Sprechen Sie uns gerne an!

Service

Veranstaltungen

Business Breakfast „Stromkostenoptimierung für Industrie und Gewerbe“

5. November bis 10. Dezember 2021

Die steigenden Energiekosten und die veränderten Anforderungen in puncto Nachhaltigkeit sowie die sich aus der Bundestagswahl Ende September 2021 ergebenden neuen energiepolitischen Rahmenbedingungen bedeuten für energieintensive Unternehmen zahlreiche Herausforderungen: Es gilt, Maßnahmen im Hinblick auf die Energiepreisexplosion zu ergreifen, mit den drastisch ansteigenden Strompreisen umzugehen und gleichzeitig noch nachhaltiger zu agieren.

Für energieintensive Unternehmen wird es wichtiger denn je, die (neuen) Möglichkeiten zur Reduktion der Energiekosten zu nutzen und sich mit zeitgemäßen Energiekonzepten auseinanderzusetzen. Bei unserem Business Breakfast stellen wir Ihnen die wichtigsten Entwicklungen vor und geben Ihnen einen Überblick über wesentliche Möglichkeiten und die nötigen Maßnahmen. Gemeinsam mit Entscheidungsträger:innen und Verantwortlichen aus den Bereichen Energiekosten und CO₂-Management sowie aus der industriellen Produktion werden wir uns über Trends, Ansätze und Lösungen austauschen. Darüber hinaus haben Sie Gelegenheit, mit unseren Expert:innen ins Gespräch zu kommen und Ihre individuellen Fragen mit ihnen zu diskutieren.

Da wir langjähriger Partner von Unternehmen nahezu jeder Branche der energieintensiven Industrie sowie den relevanten Fachverbänden sind, profitieren Sie von unserem Netzwerk und dem Austausch über Unternehmens- und Branchengrenzen hinweg.

Die Veranstaltung findet an folgenden Terminen und Orten von 9:30 bis 12:00 Uhr statt. In der Zeit von 9:00 bis 9:30 Uhr begrüßen wir Sie mit einem gemeinsamen Frühstück und der Möglichkeit zum ersten Austausch.

5. November 2021, Industrieclub Dortmund

12. November 2021, PwC-Niederlassung Hamburg

26. November 2021, PwC-Niederlassung München

10. Dezember 2021, PwC-Niederlassung Leipzig

Die Teilnahme ist für Sie kostenfrei.

Anmeldung unter: www.pwc-events.com/Stromkostenoptimierung

Weitere Informationen erfragen Sie bitte bei Alexandra Ufer (fachlich), Tel.: +49 211 981-5679, alexandra.ufer@pwc.com oder Valerie Hofstetter (organisatorisch), Tel.: +49 69 9585-2899, events.de@de.pwc.com.

Über uns

Ihre Ansprechpartner

RA Michael H. Küper, M.Sc.

Tel.: +49 211 981-5396

michael.kueper@pwc.com

RA Matthias Stephan

Tel.: +49 211 981-1509

matthias.stephan@pwc.com

RA Dr. Daniel Callejon

Tel.: +49 211 981-2194

daniel.callejon@pwc.com

Rain Alexandra Ufer

Tel.: +49 211 981-5679

alexandra.ufer@pwc.com

Redaktion

Für Ihre Fragen, Hinweise und Anmerkungen zum Newsletter stehen Ihnen unsere Ansprechpartner aus der Redaktion gern zur Verfügung. Wir freuen uns auf Ihr Feedback.

RA Michael H. Küper, M.Sc.

Tel.: +49 211 981-5396

michael.kueper@pwc.com

RA Dr. Daniel Callejon

Tel.: +49 211 981-2194

daniel.callejon@pwc.com

Die Beiträge dieser Publikation sind zur Information unserer Mandanten bestimmt. Für die Lösung einschlägiger Probleme greifen Sie bitte auf die angegebenen Quellen oder die Unterstützung unserer Büros zurück. Meinungsbeiträge geben die Auffassung der einzelnen Autoren wieder.

©Oktober 2021 PricewaterhouseCoopers Legal Aktiengesellschaft Rechtsanwaltsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

"PwC Legal" bezeichnet in diesem Dokument die PricewaterhouseCoopers Legal Aktiengesellschaft Rechtsanwaltsgesellschaft, die zum Netzwerk der PricewaterhouseCoopers International Limited (PwCIL) gehört. Jede der Mitgliedsgesellschaften der PwCIL ist eine rechtlich selbstständige Gesellschaft.

www.pwc.de